

presse

Bundesregierung muss Minijobs dringend reformieren

Anlässlich neuer Daten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zur Einkommensentwicklung in Deutschland erklärt die Sprecherin der Arbeitsgruppe Gleichstellungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion Christel Humme:

Die Gehaltsschere in Deutschland wird immer größer. Vor allem im Bereich der geringfügigen Beschäftigung sind die Löhne in den letzten Jahren dramatisch gesunken. Das geht aus den neuesten Daten des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung hervor. Hier besteht seitens der Bundesregierung dringender Handlungsbedarf. Ein erster Schritt wäre die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns, wie es die SPD schon seit langem fordert. Weiterhin müssen die Minijobs reformiert werden. Sie stellen ein Einfallstor für Lohndumping dar, da sie keiner Stundenbegrenzung unterliegen.

Mehr als zwei Drittel aller Minijobs werden von Frauen ausgeübt. Für viele sind diese die einzige Einkommensquelle. Sie bieten keine ausreichende soziale Absicherung. Armut, nicht nur im Alter, ist somit vorprogrammiert.

Die Bundesregierung ist gefordert und darf nicht länger tatenlos zusehen. Es ist höchste Zeit für faire und existenzsichernde Löhne für Männer und für Frauen.